

Bürger mit chinesischer Staatsbürgerschaft. Am 7. Januar nahm das Wahlkomitee das konkrete Verfahren für die Wahl der SVRM-Delegierten an. Vom 8. bis 22. Januar konnten sich über 18-jährige Bewohner Macaus mit chinesischer Staatsbürgerschaft für eine Kandidatur bewerben, wenn sie Empfehlungsschreiben von mindestens zehn Mitgliedern des Wahlkomitees sammeln konnten. Am 26. Januar wählte dann das Wahlkomitee in geheimer Wahl aus 24 Kandidaten zehn Kandidaten aus. Nach den „Methoden für die Wahl der SVRM-Delegierten“ ist eine solche Vorwahl bei zu vielen Kandidaten erforderlich. (RMRB, XNA, 6./8.1.00; XNA, 22.12.99; 27./29.1.00) -ljk-

41 Neue Formalitäten für Besucher aus Taiwan

Regierungschef Edmund Ho hat am Neujahrstag angekündigt, dass in Taiwan ausgestellte Pässe für taiwanische Besucher nicht mehr als Reisedokumente bei der Einreise nach Macau gültig seien. Dies berichtet eine Hongkonger Zeitung. Trotz der Bedeutung der Besucher aus Taiwan für Macaus Tourismusindustrie dürfe die Regierung der SVRM nicht ihren Prinzipien untreu werden. Die Regierung, so der Macauer Regierungschef, prüfe neue Einreisebestimmungen für Taiwanesen und hoffe, sie flexibel und bequem halten zu können. (Nach SCMP, 3.1.00) Immerhin stellen Fluggäste, die zwischen Taiwan und dem Festland hin- und herreisen, über 70% des Passagieraufkommens auf dem Internationalen Flughafen Macaus (SCMP, 8.12.99), und 1999 haben erstmalig über 1 Mio. Reisende aus Taiwan (täglich ca. 2.800) den Schlagbaum an der einzigen Landverbindung zwischen Macau und dem Festland passiert. (XNA, 15.1.00) Als Reisedokument wird wohl das „Taiwan Compatriot Certificate“ (TCC) eingeführt. Es wird von Behörden der VR China für Taiwanesen, die das Festland besuchen wollen, ausgestellt. Schon auf seiner ersten Pressekonferenz nach der Rückgabe Macaus am 20. Dezember letzten Jahres hatte Edmund Ho mitgeteilt, dass seine Regierung erwäge, von Besuchern aus Taiwan die Benutzung des TCC oder Personalausweises zu verlangen. Früher brauchten Rei-

sende aus Taiwan, die einen taiwanesischen Pass besitzen, erst nach ihrer Einreise in Macau ein Visum zu beantragen.

Tang Shubei, stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße (Association for Relations Across the Taiwan Straits [ARATS]), hat nach einer Meldung einer taiwanesischen Zeitung als erster Beijinger Politiker nach der Rückgabe Macaus geäußert, dass die Landsleute aus Taiwan bei der Einreise nach und Ausreise aus Macau mit TCC und Personalausweis willkommen geheißen würden. Diese Abkehr von der visafreien Einreise nach Macau erschien aus Beijinger Sicht folgerichtig, würde doch das Beibehalten der bisherigen Praxis den Eindruck vermitteln, die Volksrepublik akzeptiere die „Zwei-Staaten-Theorie“ von Taiwans Präsidenten Lee Teng-hui. Taiwans Vertreter in Macau, William Li Wei-lien, erklärte gegenüber einer taiwanesischen Zeitung, dass nach Auffassung seiner Regierung die Ein- und Ausreisebestimmungen für Macau unverändert bleiben sollten. Falls die KPCh die Verwendung des TCC erzwingen, werde Taiwan all seine Trümpfe einsetzen, um mit der Situation fertig zu werden. Auf die Frage des Journalisten, ob Taipei die Verwendung des Personalausweises akzeptieren würde, gab er allerdings keine Antwort. (*Chung Kuo Shih Pao* [Zhongguo Shibao], Taipei, 11.1.00, in SWB, 14.1.00) Auf taiwanesischer Seite wird zu den Gegenmaßnahmen auch die Schließung der Macau-Vertretung gerechnet.

Für die andere Sonderverwaltungsregion Hongkong gilt, dass Taiwanesen vor der Einreise nach Hongkong ein Visum beantragen müssen. Sind sie jedoch im Besitz des TCC, dürfen sie auf ihrem Weg in die Volksrepublik sieben Tage ohne Visum in Hongkong bleiben. (*Ming Pao*, Hongkong, 25.12.99, in SWB, 30.12.99) -ljk-

Taiwan

42 Fünf Präsidentschaftskandidaten stellen sich zur Wahl

Für die Präsidentschaftswahlen - die zweite Direktwahl eines Präsidenten in Taiwan - am 18. März 2000 haben fünf Kandidaten die nötige Stimmzahl für ihre Registrierung erhalten. Dies bestätigte die Zentrale Wahlkommission am 17. Januar. Der Kandidat der Taiwan Independence Party Cheng Pang-cheng konnte am 6. Januar, dem letzten Termin für die Sammlung von Unterschriften, mit 140.000 nicht die geforderte Zahl von 224.000 aufbringen.

Im nachfolgenden die Liste der fünf Bewerber für die Nachfolge von Präsident Lee Teng-hui (Lee Denghui), von denen drei Parteien vertreten, während zwei als Unabhängige kandidieren, nebst ihren Mitstreitern für das Amt des Vizepräsidenten:

- Der jetzige Vizepräsident **Lien Chan** (Lian Zhan), geb. 1936 in Xi'an, und der jetzige Ministerpräsident Vincent Siew (Xiao Wanchang) vertreten die Nationale Volkspartei KMT;
- **James Soong** (Song Chuyu), geb. 1942 in der Provinz Hu'nan, ehemals ein enger Gefährte von Präsident Lee, von 1993 bis 1998 Provinzgouverneur von Taiwan (er wurde letzten November aus der KMT ausgeschlossen, weil er gegen Lien Chan antrat, und ist seit Dezember in einen Finanzskandal verwickelt, [s. dazu C.a., 1999/12, Ü 39], der seine lang gehaltene Spitzenposition in Umfragen schwächen könnte), und Prof. Chang Chao-hsiung (Zhang Zhaoxiong), Herzchirurg und Präsident der privaten Chang-Gung-Universität;
- **Chen Shui-bian** (Chen Shui-bian), geb. 1951 in Taiwan, von 1994-1998 Bürgermeister von Taipei, und Annette Lü (Lü Hsiulien, Lü Xiulian), seit 1997 Magistrat des Kreises Taoyuan, vertreten die oppositionelle Democratic Progressive Party (DPP);

- **Hsu Hsin-liang** (Xu Xinliang), geb. 1941 in Taiwan, von 1996-1998 Vorsitzender der DPP, und **Chu Hui-liang** (Zhu Huiliang), seit 1996 Mitglied des Gesetzgebungs-Yuan;
- der Schriftsteller **Li Ao** (er gab bei seiner Registrierung nicht die geforderte Vermögenserklärung ab und sieht deshalb noch einer Strafe entgegen) und **Elmer Fung** (Fung Hu-hsiang, Feng Huxiang), seit 1999 Mitglied des Gesetzgebungs-Yuan, sind Kandidaten der kleinen oppositionellen New Party.

Zwischen dem 25. und 31. Januar nahm die Wahlkommission die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten an. Diese mussten 15 Mio. NT\$ (468,750 US\$) als Bürgschaft hinterlegen. Das Geld ist verloren, wenn ein Kandidat die Wahl mit weniger als 5% der abgegebenen Stimmen verliert. Dagegen wird er mit 30 NT\$ pro Stimmzettel entschädigt, wenn er mehr als ein Drittel der Stimmzettel, die der Gewinner auf sich vereint, erlangt. Die offizielle Kampagne ist auf die Zeit vom 19. Februar bis zum 17. März beschränkt. (Taiwan Central News Agency [CNA], 22.1.00, in SWB, 24.1.00)

Nur drei Kandidaten haben echte Chancen auf die Präsidentschaft: der KMT-Vertreter Lien Chan, der DPP-Kandidat Chen Shui-bian und der Unabhängige James Soong. Nach den Meinungsumfragen hat bisher stets Chen Shui-bian vor James Soong und Lien Chan gelegen. Nach einer Telefonumfrage der Zeitschrift *Commonwealth* unter 1.395 Bürgern zwischen dem 21. und 22. Januar würde Chen 30%, Soong 27,9% und Lien 16,1% der Stimmen erhalten. 1,3% wollten andere Kandidaten wählen und 4,2% sich der Stimme enthalten. Bei Sicherheitsfragen konnte die KMT wieder ihre Stärke demonstrieren: Auf die Frage, wer am fähigsten sei, einen Krieg mit dem Festland zu vermeiden, fielen auf Lien 32,8%, auf Soong 27,7% und auf Chen 10,2% der Stimmen. Dafür bekam Lien auch die meisten Stimmen bei der Frage, welcher Kandidat nach seinem Sieg den geringsten Fortschritt für Taiwan erreichen würde: Lien 33,5%, Soong 15,9% und Chen 12%. Der KMT-Vertreter Lien führte

das Kandidatenfeld auch bei der Abstimmung über die Frage an, welcher Bewerber die Öffentlichkeit am meisten um ihre Stimme betrogen habe: Lien 30,5%, Soong 24,9% und Chen 10,3%. (CNA, 27.1.00, in FBIS-CHI, 27.1.00) Bei einer von der *United Daily News* am 23. Januar veröffentlichten Umfrage bei 1.246 Wählern lag Vizepräsident Lien Chan zum ersten Mal mit 27% vor Soong mit 24% und Chen mit 23%. Weitere 23% waren noch unentschieden. (Nach SCMP, 24.1.00)

Lien Chan, der Kandidat der regierenden KMT, präsentierte am 2. Januar bei der Eröffnung seines Wahlhauptquartiers in Taipei ein Sechspunkte-Reformpaket, dessen herausragender Teil die Ankündigung war, die KMT werde sich aus all ihren geschäftlichen Unternehmen zurückziehen und das Vermögen in eine Art Treuhandgesellschaft überführen. Unabhängige Manager sollten in Zukunft das Vermögen kontrollieren. Durch diese medienwirksame Ankündigung hat Lien, der in seinen Auftritten bisher recht blass geblieben ist, es geschickt verstanden, sich auf einmal als durchgreifender Reformler zu präsentieren, der sich deutlich von seinen Konkurrenten abhebt. Ganz gleich, ob und wie der Plan letzten Endes durchgesetzt wird, so kommt Lien nach Ansicht des *Asian Wall Street Journal* das Verdienst zu, erkannt zu haben, dass die Zeit reif für die Anerkennung einer neuen politischen Realität und die Abkehr von der Kontrolle eines großen Teils der Wirtschaft durch eine einzige politische Partei. Überdies sei in der demokratischen Politik eine Treuhandgesellschaft ein wertvoller Vermögensgegenstand als Geld. Das Vermögen der Partei, die Hunderte von Unternehmen über ihr mächtiges Business Management Committee kontrolliert und als eine der reichsten der Welt gilt, wird auf mehrere Milliarden US\$ geschätzt. Allein letztes Jahr betrug der Gewinn aus ihrem Geschäftsimperium 373 Mio. US\$. (AWSJ, 3.1.00) Ferner gehört zum KMT-Besitz Taiwans größter Radiosender, einer der drei großen Fernsehkanäle und eine Tageszeitung. Sein Vorschlag, so Lien Chan, würde auch zu einem gerechteren Kampf der Parteien führen. In einem Interview sagte er: „Uns bereitet die so genannte vulgarisierte poli-

tische Kultur große Sorgen. Was heute wichtig ist, ist, wie wir die notwendigen Anordnungen treffen, damit der politische Wettbewerb in der Zukunft fairer wird“, sagte er in einem Interview. (IHT, 24.1.00) Lees Mentor, Präsident Lee, der auch Vorsitzender der KMT ist, billigte diese Initiative nachdrücklich. Lien repräsentiere die „dritte Reformwelle“ nach der wirtschaftlichen Reform unter Präsident Chiang Ching-kuo (Jiang Jingguo) und seinen eigenen demokratischen Reformen. (*The China Post*, Taipei, 2.2.00) In einer sofort durchgeführten Umfrage bei 839 Wahlberechtigten unterstützten 64,48% Liens Aufruf, doch gleichzeitig äußerten nur 27,53% Vertrauen in seine Aufrichtigkeit und Entschlossenheit, das Versprechen einzulösen. (CNA, 3.1.00, in FBIS-CHI, 3.1.00)

Nach Schätzungen eines Sprechers von Lien Chan könnte das Vermögen der KMT - Firmeninvestitionen und Grundstücke - bis zu 7 Mrd. US\$ betragen. Dagegen schätzt Wirtschaftsprofessor Chang Ching-hsi von der National Taiwan University, ein erklärter Gegner der KMT und Autor einer Studie über die Geschäftsinteressen der Partei, deren Vermögen auf etwa 19,5 Mrd. US\$ (600 Mrd. NT\$). Ein großer Teil des Reichtums stammt aus der Beschlagnahmung des Besitzes der früheren Kolonialherren, nachdem die KMT 1945 die Kontrolle über Taiwan von den Japanern wiedergewonnen hatte. „Das Parteivermögen gehört nicht der Partei der Nationalisten [KMT], es gehört dem Volk. Du kannst keine Dinge, die dir nicht gehören, in eine Treuhandgesellschaft stecken“, so Prof. Chang. Auch wenn der direkte Einfluss der KMT auf die Wirtschaft durch das Treuhandmanagement geschwächt würde, könnte die Partei nach wie vor auf das Einkommen aus ihrem Imperium setzen. Zudem könnten unabhängige, professionelle Manager, die sich mehr um den Profit als um die Politik zu kümmern hätten, noch erfolgreicher wirtschaften. „Mit einer Treuhandkonstruktion können sie noch mehr Geld machen“, so Prof. Changs Resümee. (FT, 19.1.00; IHT, 24.1.00) DPP-Kandidat Chen Shui-bian sagte zum Plan seines Konkurrenten, das Parteivermögen müsse einer unabhängigen Untersuchung unterzogen werden,

und verglich die Partei mit einem Räuber, der seit Jahrzehnten Geld gestohlen habe und sich nun weigere, es zurückzugeben. (AWSJ, 10.1.00) Seine Mitkandidatin Annette Lü beschuldigte die KMT, aufgrund ihrer enormen Geldmittel, die sie in der Kampagne einsetze, Stimmen durch Barauszahlung an Wähler zu kaufen oder indem sie Aufträge an einflussreiche Geschäftsleute vergäbe. „Die Menschen haben die KMT satt“, so Annette Lü. „Sie regieren Taiwan seit 55 Jahren, und sie sind korrupt.“ (IHT, 24.1.00)

Die fünf anderen Reformpläne in Lien Chans Wahlpaket sind:

- Beseitigung des kriminellen Einflusses in der Politik,
- größere Transparenz in der Politik,
- Schaffung einer wirksamen Regierung und Beseitigung besonderer Regierungsprivilegien,
- Schaffung eines gerechteren Gerichtssystems und Vereinfachung gesetzlicher Verfahren,
- Einführung eines Referendum-Systems, das direkte Abstimmung über gesetzgeberische Fragen erlaubt. (*The China Post*, 2.2.00)

Zum Verhältnis Taiwan-Volksrepublik sagte Lien Chan auf einem Seminar, dass die gegenwärtige Politik der KMT-Regierung „keine Hast und geduldig sein“ korrigiert werden könne, wenn sich die Beziehungen weiter verbesserten. Diese Politik sei eine Strategie und nicht das letztendliche Ziel. (CNA, 19.1.00, in SWB, 21.1.00) Am 20. Januar meinte er zu der von der VR China vehement bekämpften „Zwei-Staaten-Theorie“ von Präsident Lee: „Ich werde sie nicht nochmals bestätigen, weil das unsere unveränderliche Position ist.“ Und dann machte er gegenüber Beijing deutlich: „Taiwan wird sich nicht unabhängig erklären, aber Taiwan kann sich auch nicht in absehbarer Zukunft mit der VR China vereinigen, weil das einfach unmöglich ist.“ (IHT, 21.1.00) In einem am 27. Januar gesendeten Interview mit CNN wiederholte Lien seinen Standpunkt. „Die Feststellung 'Beziehungen von Staat zu Staat' beschreibt einfach die bestehende Situation. Es ist eine unveränderliche Position meines Landes.“ (SCMP, 28.1.00) Am 31. Januar schlug Lien, der früher

Botschafter in mehreren Ländern und auch Außenminister gewesen ist, vor, Elitestudenten die Bildung einer „Friedenszone Taiwan-Straße“ zur Vermeidung eines bewaffneten Konflikts mit dem Festland vor. Dazu soll von der Regierung ein internationales Forum einberufen werden. (CNA, 31.1.00, in SWB, 1.2.00) Lien regte die Schaffung eines neuen Regierungsamts zur Koordinierung der auswärtigen Angelegenheiten mit der Taiwan-Festland-Politik an. (*The China Post*, 1.2.00)

Der unabhängige Kandidat **James Soong** warf am 2. Januar in einer live ausgestrahlten Sendung eine neue Formulierung für die Beziehungen mit der VR China in die Debatte. Er bezeichnete sie weder als „inländische“ noch als „100%ige Staat-zu-Staat“ Beziehungen, sondern als „quasi-international“. Dies werde nach dem Eintritt beider Seiten in die WTO deutlich werden. Die KMT sprach von einer „nichtssagenden Erklärung“ und die DPP von einer „Verunglimpfung“ der Nation. (CNA, 3.1.00, in FBIS-CHI, 3.1.00) Am 5. Januar stellte Soong seine politische Plattform über Taiwans Beziehungen zur Volksrepublik eingehend vor. Er sprach von einer „quasi-internationalen Beziehung“ zwischen Taipei und Beijing und von „gemeinsamer Souveränität auf gleicher Basis“; die „Zwei-Staaten-Theorie“ tat er als unbedacht ab. Für die nächsten 50 Jahre und die fernere Zukunft legte er einen Drei-Stufen-Plan vor. Für die ersten 30 Jahre ist die Schließung eines Nichtangriffspakts vorgesehen, dessen Einhaltung die USA, Japan und ASEAN-Mitgliedstaaten beobachten sollen. Im zweiten Stadium von 20 Jahren würden Beziehungen ähnlich denen in der EU entwickelt werden. Nach den 50 Jahren sollten die Taiwanesen über den Prozess einer möglichen Integration beider Seiten und die Entscheidung über Taiwans Zukunft selbst abstimmen. Die neue Regierung, so Soong weiter, werde keine Vorbedingungen für Gespräche mit Beijing stellen. (Die KMT hatte gefordert, Beijing müsse vor der Aufnahme von Verhandlungen erst einmal auf Gewalt verzichten.) Für politische Verhandlungen mit dem Festland schlug er die Bildung eines mehrkanaligen „Kreativforums“ vor. (CNA, 5.1.00, in SWB, 7.1.00; *Chung Kuo Shih Pao* [*Zhong-*

guo Shihao], Internet version, Taipei, 6.1.00, in SWB, 8.1.00; FT, 6.1.00)

Am 12. Januar präsentierte James Soong sein Programm für die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik. Er schlug die Abschaffung des jahrzehntealten Banns auf direkte Handels- und Transportverbindungen mit dem Festland vor. An die Stelle der Regierungspolitik „keine Hast und geduldig sein“ sollte die Haltung „geradeaus gehen und positiv sein“ treten. Die Regierung müsse kleinen und mittleren Unternehmen helfen, den Markt auf dem Festland für ihre spezifischen Produkte der oberen Preisklasse zu erkunden. Möglichst schnell sollte durch Verhandlungen ein Abkommen über den Investitionsschutz erzielt werden. Schon vorher hatte Soong die Bildung eines Schiedsgerichts für die Wirtschafts- und Handelsstreitigkeiten zwischen beiden Seiten sowie eines Forums für Wirtschafts- und Handelsverträge, das sich mit langfristigen, vorausschauenden und strukturellen Fragen beschäftigt, gefordert. Soong versprach, im Falle eines Sieges, Persönlichkeiten aus Wirtschaftskreisen zu Leitern des Wirtschafts- und Finanzministeriums zu ernennen. (CNA, 12.1.00, in SWB, 14.1.00; SCMP, 13.1.00)

In einem Exklusivinterview mit CNN am 25. Januar gelobte Soong, er würde sich als Präsident für die Trennung von Parteiführung und Regierungsadministration sowie für eine Neutralisierung des Staatsapparates stark machen. Ein besonders wichtiges Ziel für seine zukünftige Verwaltung sei ihm die Sicherstellung von Menschenrechten. (*Lian Ho Pao* [*Lianhe Bao*], Taipei, 26.1.00, in SWB, 28.1.00)

Der Kandidat der 1986 gegründeten größten Oppositionspartei DPP, **Chen Shui-bian**, ist von Haus aus Rechtsanwalt und begann seinen Einstieg in die Politik mit der Verteidigung von Dissidenten (Taiwan stand bis 1987 unter Kriegsrecht). Der von Beijing mit großem Argwohn beobachtete Politiker schlägt im Gegensatz zu den früheren Rufen der DPP nach einem Referendum, das zu einer unabhängigen Republik führen könnte, mittlerweile gemäßigte Töne an, möglicherweise angesichts von Umfragen, nach denen die meisten Wahlbe-

rechtigten den Status quo befürworteten.

Chen, der mit 48 Jahren jüngste der drei Haupttrivalen um das Amt des Präsidenten, ist Umfragen zufolge vor allem bei Wählern zwischen 20 und 29 Jahren, die ein Viertel der Wahlberechtigten ausmachen, Favorit. Nach einer Umfrage von Gallup Taiwan unterstützen 37% Chen Shui-bian und nur 14% Lien Chan. Nach einer anderen Umfrage des Fernsehsenders TVBS kann Chen in der Altersgruppe sogar 43% gewinnen gegenüber 15% für Lien. Dagegen unterstützen 31% der 50- bis 59-jährigen Lien und nur 14% Chen. (AWSJ, 31.1.00) Bei einem Treffen mit japanischen Medienvertretern sagte Chen, er werde im Falle eines Sieges weder auf die Verankerung der „Zwei-Staaten-Theorie“ in der Verfassung drängen noch die nationale Bezeichnung der Insel „Republik Taiwan“ ändern. Es sei eine historische Tatsache, dass Taiwan ein von der VR China unabhängiger, souveräner Staat sei. Dies sei der Konsens zwischen Regierung und Öffentlichkeit. (*Chung Kuo Shih Pao*, 27.1.00, in SWB, 29.1.00)

Am 30. Januar betonte Chen in einer seiner gemäßigten Ansprachen: „Wenn China nicht militärische Gewalt einzusetzen beabsichtigt, wird die DPP-Regierung keine Unabhängigkeit erklären.“ Auch ein Plebiszit werde die DPP nicht abhalten. „Taiwan ist bereits ein souveräner Staat. Die Unabhängigkeit zu erklären oder den Namen des Landes zu ändern, steht nicht zur Debatte.“ „Es wäre töricht und kontraproduktiv, das Leben und Eigentum der Menschen um der Symbole willen zu riskieren.“ (*The China Post*, 31.1.00) Kurz vorher, am 28. Januar auf einem Forum zum 5. Jahrestag von Jiang Zemin's „Acht-Punkte-Vorschlag“ für die Wiedervereinigung, hatte der stellvertretende Ministerpräsident Qian Qichen noch gedroht: „'Unabhängigkeit Taiwans' kann nur Krieg bedeuten ... Jedwede Verschwörung zur Spaltung Chinas wird fehlschlagen. Wer auch immer in Taiwan die Teilung Chinas anstrebt, facht ein Feuer an, in dem er selber verbrennen wird.“ (Xinhua, 28.1.00, in SWB, 31.1.00; NZZ, 31.1.00) Chen schlug erneut ein Treffen der Führer beider Seiten vor. Über die Definition des „einen China“ kön-

ne man miteinander reden. Er sei gewillt, im Fall eines Sieges dem Festland noch vor seiner Amtseinführung am 20. Mai einen Besuch abzustatten. (CNA, 30.1.00, in FBIS-CHI, 30.1.00)

In dem ersten von drei Interviews mit den drei Hauptkandidaten, das die Hongkonger Zeitung *Ming Pao* veröffentlicht hat, sprach Chen von Taiwan als einem unabhängigen souveränen Staat. Über 90% der Taiwaner seien Umfragen zufolge auch dieser Ansicht. (Seine Konkurrenten sprechen meist von der Republik China.) Er nannte die Beziehungen zur Volksrepublik Beziehungen zwischen „fernen Verwandten und engen Nachbarn“. Sie müssten normalisiert werden, und der erste Schritt dazu sei, die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. (17.1.00, in SWB, 26.1.00) Chen schlug vor, „einseitig Taiwans Firmen zu erlauben, direkte Schifffahrtsverbindungen über die Meerenge zu unterhalten“. (CNA, 19.1.00, in SWB, 21.1.00)

Chens Mitkandidatin Annette Lü nannte ihn einen Führer der „neuen Generation“, der die Idee von der Wiedervereinigung mit dem Festland oder der Unabhängigkeit Taiwans als überholte Ideologie über Bord werfe. (CNA, 27.1.00, in SWB, 29.1.00)

Am 12. Januar hatte Chen Shui-bian eine „dritte Welle“ politischer Reformen für Taiwan gefordert, denn nur so könne weiterhin der Fortschritt in der nationalen Entwicklung gesichert werden. Taiwans Hoffnung liege darin, dass die KMT ihre Macht verliere. „Wir sollten ein System errichten, in der die größeren politischen Parteien sich turnusmäßig in der Macht ablösen.“ (CNA, 12.1.00, in SWB, 14.1.00) Bei einem Sieg kündigte Chen auch die Kürzung der Wehrpflicht um vier Monate auf ein Jahr und sechs Monate an. Er zeigte sich über die jüngsten Gesetzesverfügungen, die Zivildienst anstelle des Militärdienstes zuließen, erfreut. (CNA, 21.1.00, in SWB, 24.1.00)

Li Ao, Kandidat der New Party, ist der einzige Bewerber um das Präsidentenamt, der Beijings Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ wohlwollend gegenübersteht. Sein Mitkandidat Elmer Fung sagte am 21. Januar in einem Rundfunkinterview, Beijing würde nichts anderes als „Ein China“

akzeptieren, und alle, die etwas anderes befürworteten, verstünden Beijings Gedankengänge nicht und müßten unweigerlich bei ihrem Versuch, einen Dialog mit Beijing zu eröffnen, scheitern. (CNA, 30.1.00, in FBIS-CHI, 30.1.00)

Der unabhängige Kandidat Hsu Hsin-liang kritisierte in einem Exklusivinterview mit einem Radiosender am 5. Januar die Politik seiner drei Konkurrenten Lien, Chen und Soong gegenüber dem Festland scharf. Im Fall eines Sieges von Chen Shui-bian werde es einen Krieg auf beiden Seiten der Taiwan-Straße geben. „Unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen ist es am besten für Taiwan, den Status quo zu bewahren.“ Durch die ständige Betonung der Souveränitätsdebatte werde Taiwan nur seine eigene Position schwächen. (*Chung Kuo Shih Pao*, Internet version, 6.1.00, in SWB, 8.1.00) -ljk-

43 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Palau

Das taiwanesisches Außenministerium gab am 30. Dezember 1999 die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen mit der Republik Palau, einer Inselgruppe im Pazifik östlich der Philippinen, bekannt. Palau, ein früherer Treuhänderstaat der USA, der 1994 seine Unabhängigkeit erklärte, war eines von drei Ländern, die weder diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik noch zu Taiwan unterhielten, so Außenminister Chen Chien-jen (Cheng Jianren). Die anderen beiden Länder sind Monaco und Bhutan. Staatsminister Sabino Anastacio erklärte, Taiwan sei eine Quelle beträchtlicher Tourismus-Dollars für Palau. Taiwanische Investoren seien überdies in eine Reihe wichtiger Projekte und Unternehmen in Palau involviert. Taiwan wird im Verlauf des Jahres ein Büro in Koror eröffnen. (IHT, 31.12.99-2.1.00; Radio Australia, 5.1.00, in SWB, 7.1.00) -ljk-

44 Wiederaufnahme des Flugverkehrs zwischen Taiwan und den Philippinen

Taiwan und die Philippinen legten ihren Luftfahrtstreit bei und einigten sich am 28. Januar, vom 31. Januar

an den Flugverkehr wieder aufzunehmen. Ein entsprechendes Dokument wurde im Präsidentenpalast in Manila unterzeichnet. Beide Seiten stimmten darin überein, strikt das Luftverkehrsabkommen von 1996 einzuhalten. Der direkte Flugverkehr zwischen beiden Ländern war mit Wirkung vom 1. Oktober 1999 eingestellt worden, da sich Manila und Taipei nicht über eine Revision bzw. Verlängerung des zum 30. September auslaufenden Luftverkehrsabkommens einigen konnten. Der Disput war vor allem auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der nationalen Fluggesellschaft Philippine Airlines zurückzuführen. Diese hatte die taiwanesischen Fluglinien des unlauteren Wettbewerbs bezichtigt. Taiwan und die Philippinen dürfen nach dem neuen Abkommen wöchentlich maximal jeweils 4.800 Passagiere (Manila hatte die Obergrenze auf 3.000 festsetzen wollen) zwischen Manila und Taipei und weitere 4.800 in andere Städte befördern. Taiwans Fluglinie EVA Air kündigte an, den Verkehr am 12. Februar wieder aufzunehmen; China Airlines konnte sich noch nicht auf ein Datum festlegen. Mit einem normalen Flugverkehr zwischen Taipei und Manila wird nicht vor dem 21. Februar gerechnet. Provisorische Flüge der taiwanesischen Fluglinien brachten aber schon vorher philippinische Arbeiter zum Heimaturlaub in die Philippinen. (Central News Agency, Taipei, 30.1./3.2.00, in SWB, 2./4.2.00; FT, 29.1.00, AWSJ, 31.1.00) -ljk-

45 Neuer Taiwan-Vertreter in Hongkong

Chang Liang-jen (Zhang Liangren), stellvertretender Generalsekretär der halbamtlichen Straits Exchange Foundation seit 1996, wurde von Ministerpräsident Vincent Siew zu Taiwans neuem Repräsentanten in Hongkong ernannt. Chang wurde Nachfolger von Cheng An-kuo, der den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Mainland Affairs Council (MAC) übernahm. Die offizielle Bezeichnung des Taiwan-Vertreters in der SVR Hongkong lautet: Generaldirektor von Chung Hwa Travel Service, Hong Kong. Zu Changs bisherigen Posten gehören u.a. KMT-Repräsentant in den USA, Direktor des Verbindungsbüros des Informationsamts der

Regierung und Direktor einer Abteilung des MAC. Im Sommer 1997, vor der Rückgabe Hongkongs, führte er die Verhandlungen mit den dortigen Schiffseigner-Vereinigungen und mit Beijing über die Schifffahrtsverbindungen zwischen Hongkong und Taiwan. (Central News Agency, Taipei, 6.1.00, in SWB, 8.1.00) -ljk-

46 Eurotrain beantragt Verfügung beim Schnellbahnprojekt

Das europäische Konsortium Eurotrain um die deutsche Siemens AG und die französische Alstom, das bei der Bewerbung um den Bau der Hochgeschwindigkeitsbahn Taipei-Kaohsiung Ende letzten Jahres in einer dramatischen Wende plötzlich vom japanischen Shinkansen-Konsortium ausmanövriert worden war, indem die Taiwan High Speed Rail Corporation (THSRC) sich am 28. Dezember entschieden hatte, von nun an die Verhandlungen nur noch mit dem japanischen Bewerber zu führen, will die Angelegenheit nicht auf sich beruhen lassen. Schließlich geht es um ein gewaltiges 35-Jahres-Infrastrukturprojekt im Wert von 3 Mrd. US\$ über den Bau und den Betrieb der geplanten 345 km langen Strecke, die die Hauptstadt mit der Hafenstadt Kaohsiung (Gaoxiang) im Süden verbindet und insgesamt 14 Mrd. US\$ kosten soll. Das Shinkansen-Konsortium wird von Mitsui & Co. angeführt und umfasst Mitsubishi Corp., Marubeni Corp., Sumitomo Corp., Mitsubishi Heavy Industries Ltd., Toshiba Corp., und Kawasaki Heavy Industries Ltd. Heinrich von Pierer, Vorsitzender der Siemens AG (auf sie wäre ein Auftragswert von 1,5 Mrd. Euro entfallen), reiste höchstpersönlich nach Taipei, um als Lobbyist für Eurotrain bei Präsident Lee Teng-hui vorzusprechen. Eurotrain beantragte am 12. Januar beim Taipeier Distriktgericht eine Verfügung, um die THSRC an der Unterzeichnung des 95 Mrd. NT\$ Vertrags zu hindern. Man erhoffte sich eine Wiederaufnahme der Gespräche durch ein entsprechendes Urteil. Das Distriktgericht lehnte jedoch am 1. Februar die Forderung von Eurotrain ab. Es stellte fest, dass es keine bindenden oder exklusiven Vereinbarungen

zwischen THSRC und Eurotrain gebe. Falls Eurotrain gegen das Urteil Berufung einlegt, würde der Fall an die Internationale Handelskammer in Singapur zur schiedsrichterlichen Entscheidung weitergeleitet. Inzwischen hat der EU-Kommissar für auswärtige Beziehungen, Christopher Patten, durch Taiwans EU-Repräsentanten in Brüssel einen Brief an Ministerpräsidenten Vincent Siew übermitteln lassen, in dem er die Transparenz und Fairness der Entscheidung, den Auftrag an Shinkansen statt an Eurotrain zu geben, infrage stellt. Er soll sogar darüber nachgedacht haben, ob dieser Schritt nicht Taiwans Hoffnungen auf Eintritt in die WTO berühren könnte. Eurotrain warf THSRC den Verstoß gegen einen bindenden Lieferauftrag vor. THSRC habe zugestimmt, dass Eurotrain Kernsysteme für das Projekt liefern sollte, und dies sei essentieller Bestandteil des Siegergebots für den Auftrag. Eurotrain war Mitglied des Taiwan High Speed Rail Konsortiums gewesen, und obwohl es nach Umwandlung in die Taiwan High Speed Rail Corporation kein Anteilspartner wurde, führt Eurotrain zu seinen Gunsten an, dass ihm seine Rolle als Zulieferer von THSRC immer zugesichert worden sei. Als weitere Argumente gegen den japanischen Konkurrenten führt das europäische Konsortium die Argumente ins Feld, dass die Entscheidung für Shinkansen das Projekt erheblich verzögere, da die japanische Signalausrüstung nicht der in Taiwan erforderlichen entspreche und ihre Anpassung an das taiwanesisches System erst noch entworfen werden müsse. Shinkansen und THSRC lehnten einen Kommentar zu den Details des japanischen Systems ab. (FT, 14.1.00) Der Eurotrain-Sprecher sagte, dass THSRC in einem Kontrakt von 1997 Eurotrain die Priorität bei den Verhandlungsrechten eingeräumt habe und dies verpflichte Taiwan, den Auftrag an die Europäer zu vergeben, wenn ihr Preis vernünftig sei. Dem hielt ein THSRC-Sprecher entgegen, das Vorgehen von Eurotrain sei nur ein „Geschäftsstrick“. Es bestehe kein bindendes Abkommen mit Eurotrain, weshalb THSRC auch weiter mit der japanischen Seite verhandeln werde. THSRC hatte Ende Dezember letzten Jahres der Presse mitgeteilt, dass der neue Handel mit dem Shinkansen-Konsortium „viel reifer“ sei als der

1997er Vertrag mit Eurotrain, und die endgültigen Verträge mit Shinkansen im Januar unterzeichnet werden könnten. Noch 1998, nach dem ICE-Unglück bei Eschede, hatte THSRC seine Wahl von Eurotrain bekräftigt, und erst im letzten Jahr setzte der Sinneswandel ein. Für Shinkansen sprachen wohl vor allem die günstigeren Finanzierungsbedingungen, ferner Sicherheitsaspekte (Erdbebenerprobtheit des japanischen Superexpresszugs), Technologie und Wartung. Ein weiterer Grund für die Entscheidung von THSRC zu Gunsten von Shinkansen dürften auch die delikaten politischen Beziehungen Taiwans zu Japan und Europa sein. THSRC will die Bahn mit privatem Kapital bauen, ein Unterfangen, das vielen Experten als fraglich erscheint. THSRC gab bekannt, dass voraussichtlich im Februar mit taiwanesischen Banken ein Vertrag über die Finanzierung des Projekts unterzeichnet werde. Die neue Strecke soll im Jahr 2005 in Betrieb genommen werden. (FT, 11./14.1.00, AWSJ, 14./15.1.00, SCMP, 14.1.00; *The China Post*, Taipei, 2.2.00)

THSRC unterzeichnete am 10. Januar ferner drei Verträge über den Bau von Teilabschnitten der Bahnstrecke im Wert von 59 Mrd. NT\$ (1,9 Mrd. US\$) mit einer südkoreanischen, zwei japanischen und drei taiwanesischen Unternehmen. (FT, 11.1.00) -ljk-

47 Auslieferung der letzten IDF-Jäger

Die letzten beiden IDF-Abfangjäger (Indigenous Defensive Fighters) wurden am 14. Januar vom Werk Shalu der staatlichen Aerospace Industry Development Corp. (AIDC) im Kreis Taichung (Taizhong) an die taiwanische Luftwaffe ausgeliefert. Der stellvertretende Ministerpräsident Liu Chao-shiuan (Liu Zhaoxuan), Verteidigungsminister Tang Fei und Luftwaffenkommandeur General Chen Chao-min (Chen Zhaomin) wohnten der Zeremonie bei. Dies waren die letzten von insgesamt 130 in den 80er-Jahren in Taiwan selbst entwickelten Maschinen, als sich größere Staaten - auf den Druck Beijings hin - noch schwer taten, hochkarätige Kampfflugzeuge an Taiwan zu liefern. Das IDF-Programm begann

mit Hilfe der USA im Jahr 1983. Der erste einsitzige IDF-Prototyp verließ am 10. Dezember 1988 die Montagehalle; er wurde von Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui) „Ching-kuo IDF-Abfangjäger“ getauft, in Erinnerung an den früheren Präsidenten Chiang Ching-kuo (Jiang Jingguo), der das Entwicklungsprojekt angekündigt hatte. Ursprünglich wollte die Luftwaffe 250 IDF-Maschinen kaufen, kürzte ihren Auftrag aber auf 130, als es Taiwan gelang, Aufträge zum Kauf von 150 amerikanischen F-16 und 60 französischen Mirage 2000-5 Düsenjägern abzuschließen. Die Luftwaffe hat inzwischen alle Mirage und über 100 F-16 Düsenjäger erhalten. Diese drei Maschinentypen bilden das Rückgrat der zweiten Generation von Kampfflugzeugen in Taiwan. Die IDF-Jäger können mit in Taiwan entwickelten *Tien-chien I* (*Tianjian*, Himmelschwert) Luft-zu-Luft Kurzstreckenraketen und *Tien-chien II* Mittelstreckenraketen bestückt werden. Das Militär hat zwei IDF-Geschwader gebildet, die in den Luftstützpunkten Taichung und Tainan stationiert sind. Liu Chao-shiuan verkündete, die Auslieferung der letzten Jäger bedeutete nicht das Ende für die Entwicklung von Taiwans Luftfahrttechnologie. AIDC werde für die Luftwaffe weiterhin Wartungsdienste und technologische Unterstützung leisten und die IDF-Jäger zu verbessern suchen. Der stellvertretende Ministerpräsident versprach, AIDC bei der vollständigen Privatisierung zu einem möglichst frühen Termin zu helfen. Nach Aussage des AIDC-Vorsitzenden Tsai Chun-hui, wird der Umsatz der Gesellschaft dieses Jahr aufgrund des Auslaufens des IDF-Auftrags schätzungsweise um 10 Mrd. NT\$ sinken. AIDC plane, so Tsai, Joint Venture-Unternehmen mit mehreren lokalen Fluglinien wie China Airlines, EVA Airways und Air Asia Co., um ihr Geschäft mit der Wartung militärischer und kommerzieller Flugzeuge auszuweiten; ferner würden die Bemühungen um Aufträge aus dem Ausland, wie von General Electric und Boeing, verstärkt. (Taiwan Central News Agency, 14.1.00, in FBIS-CHI, 14.1.00; SCMP, 15.1.00) -ljk-